

## STANDPUNKTE

Erziehung für Demokratie • gegen Rechtsextremismus

### **Argumente gegen rechte Sprüche**

von Michael Hammerbacher

Das Klassenzimmer und der Schulhof sind kein politikfreier Raum. Einstellungen aus dem familiären Umfeld der Schüler/innen, aus öffentlichen Diskussionen und aus den Peer-groups spiegeln sich in Gesprächen und Äußerungen der Schüler/innen wieder, die teilweise ohne Zweifel aus der rechten Szene stammen. Um ihnen wirkungsvoll begegnen zu können, werden einige Argumente gegen häufig verwendete rechte Behauptungen dargestellt.

Es ist klar, dass wir hier nur eine kleine Auswahl von Gegenargumenten vorstellen können. Jede/r, der möchte und sich in der Lage fühlt, soll auch eigene Argumente entwickeln und einsetzen. Es ist wichtig, die Sprücheklopfer/innen auch in der Schule nicht zu ignorieren, sondern im Diskurs zu widerlegen. Die Grenzen des Möglichen setzen Sie dabei selbst, denn man muss nicht alles ausdiskutieren, z.B. ernsthafte Leugnung des Holocausts. Es spielen mehrere Faktoren eine Rolle, wenn man über das "Wie argumentiere ich" nachdenkt. Da wäre die räumliche Situation, das Verhältnis zur bzw. in der Klasse oder auch die Herkunft der Schüler/innen (soz. Umfeld, geschulter Kader oder interessierte/r Schüler/in). Es gibt immer mehrere Möglichkeiten zu argumentieren, mit politischen Sachargumenten oder über persönliche Erfahrungen, mit Nachfragen, Gedankenreisen oder Abgrenzung. Welche die bessere und welche die nicht so angebrachte Linie ist, hängt von den Voraussetzungen ab. Es muss eines jedoch von vornherein klar sein: Lehrer/innen sollten unbedingt authentisch Position beziehen. Bei aller Kritik an realen Umsetzungen scheint es sinnvoll, in der Auseinandersetzung mit extremistischen und rassistischen Einstellungen hervorzuheben, welche Vorzüge eine Demokratie und das humanistische Menschenbild haben und welche Werte darin zum Ausdruck kommen.

### **These 1 – In Deutschland leben schon zu viele Ausländer!**

Zuwanderung hilft den sozialen Frieden in Deutschland zu sichern!

Wir lassen uns hier, was aus humanistischen Gründen sehr zweifelhaft ist, auf eine Diskussion ein, die häufig den wirtschaftlichen Nutzen von Menschen in den Mittelpunkt stellt. Die zentrale Aussage gegenüber der/dem rechten Schüler/in ist die: "Ausländer sind gut, denn sie nützen uns." Wenn aber die Voraussetzungen für eine humanistische Argumentation gegeben ist, sollte grundsätzlich auf dieser Linie argumentiert werden. Denn Ausländer/innen sind nicht "gut", weil sie einen ökonomischen Nutzen bringen, sondern weil sie Menschen sind.

Für die weitere Gesprächsführung ist es wichtig herauszufinden, ob wir es mit einer wirtschaftlich begründeten Ausländerfeindlichkeit zu tun haben - oder argumentieren die Schüler/innen pauschal und rassistisch gegen Menschen anderer Hautfarbe. Zuerst sollte man die Frage in der Klasse stellen, wer denn eigentlich Ausländer sei. Sind es nur die, die auch so aussehen? Sind es die Menschen, die keinen deutschen Pass besitzen? Es gibt hier natürlich die unterschiedlichsten Definitionen und bevor mit der Diskussion begonnen werden kann, sollte man klären, wer mit dem Begriffen "Inländer" oder

"Ausländer" gemeint ist. Ein solches Klassengespräch führt zumeist in eine Diskussion über kulturelle Vielfalt und zur Frage "Was ist eigentlich deutsch". Denn auch unter der "deutschen Bevölkerung", schon in der eigenen Schulklasse, gibt es häufig verschiedene (Sub-)Kulturen und Lebensvorstellungen. Kernaussage ist hier, dass wir in einer pluralistischen Gesellschaft leben, in der viele verschiedene Lebensformen und Lebensentwürfe existent, gewünscht und möglich sind.

Ein häufig verwendetes und zentrales Argument für mehr Zuwanderung ist die demographische Entwicklung in Deutschland. Bei gleichbleibenden Geburts- und Todesraten wird sich die Hälfte der Bevölkerung, nach Angaben einer fraktionsübergreifenden Kommission des Deutschen Bundestages, im Jahr 2040 im Rentenalter befinden, wenn die Zuwanderung gestoppt wird. Das gesamte System der sozialen Sicherung gerät ohne verstärkte Zuwanderung ins Wanken und Renten und andere Leistungen der sozialen Sicherung wären nicht mehr zu finanzieren. Zuwanderung ist also auch daher wichtig und eine Voraussetzung für den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft.

## **These 2 – Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg!**

Es werden keine Arbeitsplätze von Ausländer/innen weggenommen, sondern geschaffen und gesichert.

Hier wird eine auf den ersten Blick eine einfache Rechnung aufgemacht. Ungefähr vier Millionen Menschen sind derzeit in Deutschland arbeitslos gemeldet. Auf der anderen Seite lebten nach Angaben des statistischen Bundesamtes im Bundesgebiet im Jahr 2000 7,3 Millionen Ausländer/innen, von denen über zwei Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigt oder selbstständig tätig waren.

( Sackgasse rechtsextrem – Argumente gegen rechte Sprüche, Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung, 1999, S.49)

Die Behauptung, dass "Ausländer den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen", ist aus mehreren Gründen falsch und unhaltbar. Die meisten Ausländer/innen arbeiten in Arbeitsfeldern, die nicht attraktiv für deutsche Arbeitslose sind. Rund 60% der seit Anfang 1989 erteilten Arbeitserlaubnisse für Ausländer/innen, sind ausgestellt worden, weil auf dem Arbeitsmarkt keine geeigneten Kräfte verfügbar waren. Bis heute gilt der "Vorrang der Inländer" bei der Vergabe von Arbeitserlaubnissen. Niedrigqualifizierte oder hochqualifizierte Stellen in Deutschland können oft nicht von hier ansässigen Menschen besetzt werden. Eine einfache Aufrechnung ist also eine Milchmädchenrechnung.

Gerade in den neuen Bundesländern kann den Ausländer/innen nicht die Schuld an der bis zu 20prozentigen Arbeitslosenrate gegeben werden, da der Ausländer/innenanteil an der Bevölkerung in diesen Bundesländern um 2 % liegt (Brandenburg 2,1%, Mecklenburg Vorpommern 1,4 %, Sachsen 1,8 %, Sachsen Anhalt 1,8% und Thüringen 1,3%) beträgt.

Die wenigen Einwander/innen können also schon rein rechnerisch nicht an der Massenarbeitslosigkeit schuld sein.

Die wirkliche Ursache für die hohe Arbeitslosenrate muss also woanders, beispielsweise bei den Unternehmen und in der Wirtschaftspolitik gesucht werden. Im Zuge der Rationalisierung in der Industrie, in ehemaligen staatlichen Betrieben wie der Post oder der Telekom und in den kommunalen Verwaltungen kommt es immer wieder zu Massenentlassungen, von denen AusländerInnen genauso betroffen sind wie Deutsche.

Zum Schluss ist es wichtig zu erwähnen, dass gerade Ausländer/innen Arbeitsplätze in Deutschland schaffen. Die ausländischen Unternehmer/innen (ca. 240.000) beschäftigen immerhin 570.000 Arbeitnehmer/innen und es werden jährlich neue Arbeitsplätze geschaffen. Es werden also keine Arbeitsplätze von Ausländer/innen weggenommen, sondern geschaffen und gesichert.

### **These 3 – Die Ausländer sind doch alle Scheinasylanten!**

"Es ist richtig, dass neben politischer Verfolgung und Unterdrückung, auch Armut, Hunger oder ökologische Katastrophen Gründe für Einwanderung nach Deutschland sind."

Oftmals differenzieren rechte Schüler/innen nicht in ihren kurzen, einfachen und parolenhaften Aussagen. Alle Ausländer werden hier zu so genannten "Asylbetrügern" gestempelt. Die Betreiber/innen des Imbisses am Bahnhof, die Verkäuferin im Supermarkt, der amerikanische Investor, der Flüchtling aus der Türkei oder Afrika oder Jugendliche, die zu ihren Familien gezogen sind. Um eine Gesprächsgrundlage zu haben, muss zuerst dieses Thema geklärt werden.

Der Begriff des "Scheinasyllanten" bezieht sich auf die Vermutung, dass eine Flucht aus wirtschaftlichen Gründen erfolgte und ein Asylantrag in Deutschland gestellt wurde. Dem lässt sich entgegenhalten, dass der Anteil von Asylbewerber/innen unter allen Zuwanderer/innen nur einen kleinen Teil ausmacht. In den letzten Jahren waren ca. 15% aller Zuwanderer/innen Flüchtlinge, die einen Antrag auf politisches Asyl stellten. Unter den ca. sieben Millionen Ausländer/innen in Deutschland sind etwa 70% Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbestaaten, von denen inzwischen auch einige (u.a. Spanien, Italien, Griechenland) der Europäischen Union (EU) angehören. ( Sackgasse rechtsextrem – Argumente gegen rechte Sprüche, Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung, 1999, S.55)

Rund 685.000 Ausländer/innen wanderten im Jahre 2001 ein, darunter 88.000 Asylbewerber/innen, aber auch rund 500.000 Ausländer/innen verließen die Bundesrepublik im gleichen Jahr. Die Bundesausländerbeauftragte zieht das Fazit: "insgesamt dürfte die jährliche Zahl der Einwanderer mit längerfristiger Perspektive um ca. 250.000 Personen pro Jahr liegen. Sie teilen sich auf in 98.000 Spätaussiedler und deren Familienangehörige und 157.000 ausländische Neueinwanderer (darunter 35.000 EU-Bürger, 23.000 anerkannte Flüchtlinge, 17.000 jüdische Kontingenzzuwanderer)."

Damit ist aber immer noch nicht die Frage der moralischen Legitimation von Asylanträgen geklärt. Um hier zu argumentieren, muss zunächst der Rahmen gesehen werden, in denen sich Flüchtlingsbewegungen weltweit abspielen. Der weltweit größte Teil der Wanderungsbewegungen findet in der Dritten Welt statt. Die Fluchtgründe sind manchmal nur schwer voneinander zu trennen – sowohl Armut, Hunger und elende Lebensbedingungen als auch politische Unterdrückung, ökologische Katastrophen und Kriege spielen dabei eine Rolle. Betrachtet man die Dimensionen des Weltflüchtlingsproblems, so wird deutlich, dass Deutschland zwar innerhalb Europas eines der führenden Aufnahmeländer ist, der Großteil der Fluchtbewegungen jedoch innerhalb von Regionen bleibt. In Zahlen: Rund 20 Mio. Menschen sind jährlich auf der Flucht, etwa 10% gelangen nach Westeuropa, etwa 2,5% nach Deutschland. ( Sackgasse rechtsextrem – Argumente gegen rechte Sprüche, Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung, 1999, S. 56)

Allerdings erhalten politisches Asyl nur politische Flüchtlinge. Für andere Zuwander/innen wird es ab dem 1.1.2003 neue Regelungen durch ein eigenes Zuwanderungsgesetz geben. Weil sich Deutschland bisher nicht als Einwanderungsland definiert hatte und es keine Zuwanderungsregeln gab, stellte das Asyl tatsächlich eine der wenigen Zuwanderungsmöglichkeiten nach Deutschland dar. Weil es keine andere Zuwanderungsmöglichkeit gab, wurde es sicher auch von Menschen genutzt, die hier einfach nur bessere Lebensperspektiven sahen als in ihrem Heimatland.

Die nächste Frage die sich stellt ist, ob es nicht legitim ist, neben dem Grund der politischen Verfolgung und Unterdrückung, auch aufgrund von Armut, Hunger oder ökologischer Katastrophen sein Glück in Deutschland zu versuchen. Kein Mensch würde sich wohl anders verhalten, wenn sich die Möglichkeit bietet eine Hunger- oder eine Armutsregion zu verlassen. Zwischen 1989 und 1998 wanderten z.B. 1,8 Millionen Ostdeutsche in den Westteil Deutschlands, um ihren Lebensstandard zu erhöhen.

Es muss weiter bedacht werden, dass sich der Reichtum der nördlichen kapitalistischen Staaten unter anderem durch die Armut der Dritten Welt begründen lässt. Es gibt schließlich keinen fairen Handel zwischen armen Staaten und den reichen Industrieländern. Die Wirtschaftsmacht des Nordens und die Abhängigkeiten des Süden lassen kaum eine eigenbürtige Entwicklung zu. Solange sich also die reichen Staaten nicht für einen Ausgleich des Gefälles zwischen so genannter "Erster" und "Dritter" Welt einsetzen, wird eine Ursache für "Wirtschaftsflucht" nicht beseitigt werden.

#### **These 4 – Ausländer sind krimineller als Deutsche!**

Die polizeiliche Kriminalstatistik widerlegt diese Behauptung!

Die Aussage "Ausländer sind krimineller als Deutsche" sagt indirekt aus, dass Deutsche selbst auch kriminell sind. Dabei ist dies ein rassistischer Vergleich, denn nicht die Nationalität wird straffällig, sondern eine Einzelperson. Wenn eine Person kriminell wird, dann durch Einflüsse seines Umfeldes oder auch durch seine gesellschaftliche Stellung. Jugendliche und Heranwachsende mit schlechten Zukunftschancen, aus sozial benachteiligten Schichten mit geringem Bildungsniveau, sind z.B. anfälliger für kriminelle Handlungen als Jugendliche aus anderen Bevölkerungsschichten. Kriminalität hat demnach eher soziale, nicht ethnische Ursachen.

In den meisten Fällen wird die polizeiliche Kriminalitätsstatistik zur Unterlegung der rechten These herangezogen. 1999 waren 26,6 % (1993: 33,6%) der Tatverdächtigen "Nichtdeutsche", während der Anteil an der bundesdeutschen Wohnbevölkerung ca. 9 % betrug. Dieser Vergleich unterstellt somit, dass Ausländer/innen dreimal so kriminell seien wie Deutsche. Bei genauerer Auswertung der Polizeistatistik wird diese Behauptung jedoch schnell widerlegt.

Fakt ist, dass 1999 28,3% der so genannten "nichtdeutschen" Tatverdächtigen Touristen und Durchreisende waren, die aber in der Kriminalstatistik nicht gesondert ausgewiesen werden. So reduziert sich der Anteil der "Nichtdeutschen" Tatverdächtigen auf 19,1%.

Weiterhin muss festgehalten werden, dass es Delikte gibt, denen sich Deutsche gar nicht schuldig machen können, die 1999 29,7 % der sogenannten Ausländerkriminalität ausmachten. Hier handelt es sich um Gesetzesübertritte, die im Zusammenhang mit dem Ausländer- und Asylrecht stehen. Wenn zum Beispiel ein/e Asylbewerber/in das ihm/ihr zugewiesene Gebiet verlässt, wird er/sie straffällig (Residenzpflicht).

Erschwerend kommt hinzu, dass Ausländer/innen häufiger zu Unrecht einer Straftat bezichtigt werden. Teile der Polizei und Teile der Bevölkerung haben Vorurteile gegenüber Ausländer/innen und stufen damit eine Handlung eines/r Ausländer/in schneller als "verdächtig" ein, die bei Deutschen als unauffällig wahrgenommen werden würde. Interessant sind Berechnungen, nach denen der prozentuale Teil der rechtskräftig verurteilten Ausländer/innen in Relation zu den Tatverdächtigen nur noch rund die Hälfte beträgt. (Sackgasse rechtsextrem – Argumente gegen rechte Sprüche, Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung, 1999, S.62)

Das Zahlenmaterial stammt aus der polizeilichen Kriminalstatistik von 1999.

## **These 5 – Den Holocaust hat es nie gegeben!**

Jeder, der diese Wahrheit anzweifelt, kann nur einen Zweck verfolgen: die Verharmlosung des NS-Staates heute und seine Wiedererrichtung morgen.

Diese Aussage, so sie denn heute noch vorkommt, ist eigentlich unfassbar. Wenn auch nicht ganz so öffentlich, so wird diese These doch noch, wenn auch in verschiedenen Spielarten, vertreten und wird auch im Klassenraum geäußert. Von angeblich wissenschaftlichen Gutachten, wie dem "Leuchter-Report" unterstützt, wird die "Auschwitz-Lüge" verbreitet. Es sind pseudowissenschaftliche Berichte, die von Menschen geschrieben wurden, die keine Fachleute für diese Thematik sind. Leuchter, der die Verwendung von Zyklon B anzweifelt, ist Verkäufer von Hinrichtungsanlagen für US-Gefängnisse und hat mit Gaskammern keinerlei Erfahrung. Die erstellten Gutachten waren von Anfang an als Verteidigungsschriften für die der "Auschwitz-Lüge" angeklagten "Revisionisten" gedacht und daher - auf keinen Fall - neutrale Abhandlungen in wissenschaftlicher Form. Die Tiefe der Recherche und der Zeitrahmen, in denen die Recherchen erstellt wurden, sind Beweis für die unseriöse Arbeitsweise.

Sie gehen zwar nicht so weit, die Existenz der Konzentrationslagern (KZs) zu leugnen, aber behaupten, sie seien reine Straf- und Erziehungslager gewesen, wo Hinrichtungen nur von Zeit zu Zeit stattgefunden hätten. Das ist ihrer Meinung nach nicht als Massenmord oder gar als Holocaust zu bezeichnen. Es wird bewusst verschwiegen, dass es verschiedene KZs gab, die zusammen ein System für Mord und Folter bildeten. Ob Arbeits- oder Vernichtungslager, sie alle dienten der physischen Vernichtung von Menschen. Die Erziehungslager, die es tatsächlich in der Zeit von 1933 bis maximal 1940 gab, und aus denen tatsächlich Häftlinge wieder entlassen wurden, hatten überwiegend "rassereine" deutsche politische Gefangene. Neben diese Lager traten ab 1941 die für die Vernichtung von "Untermenschen", vor allem Juden, Roma und Sinti, "osteuropäischen Volksfremden", Schwerverbrechern, Behinderten sowie Homosexuellen.

Es ist nun einmal nicht von der Hand zu weisen: Die Nazis und alle stillschweigenden Mitwisser haben den Holocaust zu verantworten. Überlebende, wirklich wissenschaftliche Gutachten, Farbfilmaufnahmen der amerikanischen Soldaten und Augenzeugenberichte der Befreier sowie Ansammlungen von Haaren, Knochen und Zahngold, Massengräber und die Briefe von den SS-Schergen, die in den KZ ihren Dienst verrichteten, sprechen eine deutliche und zutiefst erschütternde Wahrheit.

(Buchempfehlung: "In Auschwitz wurde niemand vergast" – 60 rechtsextreme Lügen und ihre Entkräftung, Verlag an der Ruhr, Mülheim 1998)

## **These 6 – Andere Länder haben auch Verbrechen begangen!**

Menschenfeindliches und verbrecherisches Verhalten wird nicht besser, wenn ein Anderer es auch, anders oder ähnlich tut.

Welches sind die anderen Länder, die hier meistens aufgeführt werden? An erster Stelle der genannten Staaten stehen natürlich die USA. Die "Amis" haben in Korea und Vietnam doch auch (...) oder die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki waren doch auch (...)!

Der entscheidende Fakt an dieser Art der Aufrechnung ist, dass menschenfeindliches und verbrecherisches Verhalten nicht besser wird, wenn ein Anderer es auch, anders oder ähnlich tut. Niemand darf den Holocaust gegen die Atombomben rechnen oder die Atombomben gegen die Verbrechen der Roten Khmer in Kambodscha. Fest steht, dass der industriell geplant und durchgeführte Massenmord einzigartig in der Geschichte und nun einmal von Deutschland und von Deutschen ausgegangen, organisiert und durchgeführt wurde. Das ist die Schuld, die Deutschland heute noch zu tragen hat und das verursacht eine dauerhafte soziale und politische Verantwortung. Gerade die Deutschen müssen ganz besonders darüber wachen, dass im eigenen Land keine alten und neuen Rechtsextremisten, sei es auf der Ebene der politischen Idee oder auf der Ebene des Eintritts in Machtpositionen, an politischem Einfluss gewinnen. Die Verantwortung gegenüber der Vergangenheit verlangt kein andauerndes Schuldbekenntnis für zukünftige Generationen. Sie sollte aber zu einem Bekämpfen rechtsextremer und rassistischer Einstellungen und zu einem Eintreten für Demokratie und Bürgerrechte führen.

Das schließt Kritik an Menschenrechtsverletzung in anderen Ländern in keinem Fall aus, sondern verlangt sie sogar, solange nicht die Absicht dahinter steht, deutsche Verbrechen zu relativieren.

## **These 7 – Andere Länder sind auch stolz auf ihre Nation!**

Die Alternative zum völkischen Patriotismus kann nur, wenn denn ein Patriotismus sein soll, ein "Verfassungspatriotismus" sein.

Die Art von Nationalismus, die in Deutschland von Rechtsextremisten empfunden wird, hat mit dem Patriotismus der Franzosen oder der US-Amerikaner zumeist nichts gemein. In den USA zum Beispiel begründet sich der Nationalstolz nicht auf "Blut" oder der Zugehörigkeit zu einer "Rasse", sondern darauf, dass alle Amerikaner, egal welcher Abstammung, sich zur Verfassung bekennen. In Deutschland dagegen drückt sich Nationalstolz zumeist mit dem heldenhaften Kampf deutscher Soldaten, der angeblichen Überlegenheit der "Herrenrasse", bzw. der angeblich "deutschen Tugenden" und anderen rassistischen und demokratiefeindlichen Argumenten aus. Kaum einer bekennt sich dabei zum Grundgesetz und ist aufgrund der demokratischen Errungenschaften stolz auf Deutschland. Dabei ist das, neben der dauerhaften Einbindung in die Europäische Gemeinschaft, die größte Leistung deutscher Politik, auch wenn sie unter der Regie der Alliierten erbracht wurde. Die Alternative zum völkischen Nationalismus kann nur, wenn denn ein Patriotismus sein soll, ein "Verfassungspatriotismus" sein, der auf demokratischen Werten und auf Menschenrechten beruht.

Unkritischer Nationalismus sollte in einem Land, in dem eine falsch verstandene

"Vaterlandspflicht" der Bevölkerung zu Krieg und Verbrechen geführt hat, alles andere als erstrebenswert sein. Es wäre deshalb ratsam, sich den unkritischen Nationalismus in anderen Ländern, auch in Frankreich und den USA, nicht als Vorbild zu nehmen, sondern ihn – aus der historischen Erfahrung heraus – durchaus distanziert zu betrachten.

Im Übrigen deutet ein überschäumender Nationalismus oft auf Anerkennungs- und Zugehörigkeitsprobleme der Person hin, die ihn äußert. Wenn das abstrakte Kollektiv Nation das gesamte Denken beeinflusst, lohnt es sich nachzufragen, woraus die persönliche Identität und das eigene Selbstbewusstsein des Parolenverkünders gezogen wird. Das Gespräch verlässt dann schnell die Ebene des theoretischen Politik-Diskurses und knüpft an persönliche Erfahrungen, Ängste und Identitätsfragen an.

### **These 8 – Der Holocaust wird benutzt, um Deutschland zu unterdrücken!**

Die bedeutende Rolle Deutschlands in der Europäischen Union, in der Runde der "G8-Staaten" und in der globalen Gemeinschaft (UNO) widerspricht dieser These.

Der industriell durchgeführte und staatlich organisierte Völkermord war ein einzigartiges historisches Verbrechen. Wenn Deutschland immer wieder unter Erwähnung des Holocausts darauf hingewiesen wird, eine ganz besondere Verantwortung im Umgang mit alten und neuen Rechtsextremisten zu haben, so ist das lediglich eine Erinnerung an einen Massenmord, von dem viele Deutsche wussten oder von dem sie ahnten, aber nichts wissen wollten. Jeder Finanzbeamte und jeder Nachbar wusste, dass derjenige, dessen Bettwäsche sie gerade kauften, nicht wiederkehren würde. Hausrat von Deportierten wurde zu Billigpreisen versteigert und ganz offiziell versteuert. Ganze Dörfer rühmten sich damit, "judenfrei" zu sein. Wenn also eine Bevölkerung, und das kann viele Ursachen haben, so bereitwillig an antisemitischen Pogromen teilnimmt, ist es angebracht, im Nachfolgestaat, der sich auf Demokratie und Menschenrechte gründet, immer wieder mahnend daran zu erinnern.

Die Konfrontation mit der Geschichte wird heute von einem großen Teil der Bürger/innen der Bundesrepublik Deutschland subjektiv als "unangenehm" und "erpresserisch" wahrgenommen. Der Ruf nach einem "Schlussstrich" und der Wunsch nach "Entlastung", wird in den letzten Jahren immer lauter. Festzuhalten ist aber an dieser Stelle, dass derjenige, der sich auf die positiven demokratischen Traditionen der Deutschen beziehen will, natürlich damit auch die dunkle Seite - die autoritären, rassistischen, antisemitischen und nationalistischen Traditionen einbeziehen muss.

Weiter bleibt als Gegenargument zu rechten Aussagen festzuhalten, dass die Bundesrepublik Deutschland noch nie erpresst wurde, irgendwelche politischen Handlungen nicht vorzunehmen, weil der Holocaust stattgefunden hat. Im Gegenteil, die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied der Nato, führendes Mitglied in der Europäischen Union, Mitglied der G8-Staaten und seit längerem Kandidat für einen Platz im Weltsicherheitsrat der UNO. Das rechte Argument, dass Deutschland durch die Erinnerung an den Holocaust "unterdrückt" werden solle, ist aufgrund dieser bedeutenden Rolle in der europäischen und globalen Gemeinschaft widerlegt.

### **These 9 – Meinungsfreiheit!**

Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit als Kernpunkte neonazistischer

Ideologie sind nicht irgendwelche unliebsamen, politisch unerwünschten Anschauungen, sondern solche, die mit grundgesetzlichen Wertvorstellungen unvereinbar sind.

Bei rechtsextremistischen (sog. "nationalen") Anschauungen handelt es sich um Anschauungen, denen das Grundgesetz eine entschiedene Absage erteilt. Das Grundgesetz ist ein Gegenentwurf zur Barbarei unter der nationalsozialistischen Herrschaft. Von zentraler Bedeutung ist dabei neben der grundgesetzlich konstituierten Friedenspflicht der Bundesrepublik Deutschland (Art. 1 Abs. 2, 24 Abs. 2 und 26 Abs. 1 GG), der die gesamte Rechtsordnung prägende Aspekt der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG). Angesichts dieser Verfassungswerte gewinnt die Tatsache, dass das öffentliche Auftreten von Neonazis und das Verbreiten entsprechenden Gedankenguts vor dem Hintergrund der jüngeren deutschen Geschichte - besonders der in Deutschland lebenden ausländischen und jüdischen Mitbürger - in erheblicher Weise verletzt werden, besonderes Gewicht.

Soweit es beim Problem der Demonstrationenfreiheit für Neonazis um das Grundrecht der Meinungsfreiheit (Art. 5 GG) geht, schützt dieses zwar auch die "politisch missliebige Meinung". Bei dem Gedankengut von Neonazis geht es aber nicht um irgendeine "politisch missliebige Meinung", sondern um Anschauungen, denen das Grundgesetz mit seinem historischen Gedächtnis eine klare Absage erteilt hat : " Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit als Kernpunkte neonazistischer Ideologie sind nicht irgendwelche unliebsamen, politisch unerwünschten Anschauungen, sondern solche, die mit grundgesetzlichen Wertvorstellungen unvereinbar sind. Der Ausschluss gerade dieses Gedankenguts aus dem demokratischen Willensbildungsprozess, ist ein aus der historisch bedingten Werteordnung des Grundgesetzes ableitbarer Verfassungsbelang, der es rechtfertigt, die Freiheit der Meinungsäußerung, bezogen und beschränkt auf dieses Gedankengut, inhaltlich zu begrenzen." (Argumentationsgrundlage ist ein Text des Bundesverfassungsrichters Hoffmann-Riehm "Die Renaissance des Rechtsextremismus wird verharmlost", Frankfurter Rundschau vom 16.7.2002).

Ein weiterer historischer Bezug beim Prinzip der "wehrhaften Demokratie" ist der Untergang der Weimarer Republik, die antidemokratischen Kräften zuviel Raum ließ, gegen die demokratische Ordnung zu kämpfen. Menschen, die die Demokratie abschaffen und ein anderes System wollen, in dem es keine Meinungsfreiheit gibt, sollten sich nicht auf das demokratische Recht der Meinungsfreiheit berufen. Dort, wo die Demokratie abgeschafft werden soll, muss sie sich wehren.

### **Weitere Empfehlungen zur Argumentation**

Nachzulesen sind weitere Fakten und Gegenargumente gegen rechts unter folgenden Links:

<http://www.gesichtzeigen.de>

– kurze Gegenrede zu den häufigsten rechtsextremen Parolen

<http://www.netzgegenrechts.de>

– Sammlungen von Zeitungsartikeln unter anderem mit einer Auflistung von Argumenten

<http://www.bnr.de>

– Von der Zeitschrift "Blick nach rechts"; unter "ploppattack", umfangreiche Liste rechtsextremer Argumente und deren Entkräftung. Beim bnr findet sich auch ein



interaktives Spiel, bei dem Argumentationen gegen rechts geübt werden können.

<http://www.bpb-aktiv.de>

– Für den Unterricht aufbereitete Folien mit zehn rechtsextremen Argumenten und stichwortartiger Gegenrede. Die ganze Seite der Bundeszentrale für politische Bildung ist empfehlenswert.

<http://www.step21.de>

oder

<http://www.fairlink.de>

– Für Jugendliche aufbereitete Info-Seite, auf der auch Argumentationshilfen gegen Rechtsextremismus abgerufen werden können.

Das LISUM in Berlin hat als Druckausgabe mit der Broschüre "Sackgasse Rechtsextrem" eine hervorragende Handreichung für Lehrer herausgegeben. Rechte Sprüche von Schülern aus der Berliner Schulpraxis sind dort aufgelistet. Viele rechte Parolen finden dort eine kurze, qualifizierte und überschaubare Entgegnung.

Außerdem zu empfehlen, ist der Sprechbaukasten "Kontra geben", herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung und der deutschen Sportjugend. Hier wird die Gesprächsrhetorik gegen "Rechtsextreme dumme und radikale Sprüche" anhand bestimmter Situationen geschult.

Als didaktische Handreichung ist das Argumentationstraining von Klaus-Peter Hufer (Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, Wochenschau Verlag, Schwalbach 2001) zu empfehlen, das man sehr gut auch in einer Klasse umsetzen kann.

Ebenfalls anzuraten sind die "Argumente gegen den Hass" der hessischen Landeszentrale. Hier finden sich nicht nur Informationen zum Thema Migration und Asyl, sondern konkrete Unterrichtsbausteine, Planspiele und Materialien. Die beiden Bände von Klaus Ahlheim sind in der Mediathek der RAA vorhanden und sehr zu empfehlen, auch wenn sie schon ein wenig älter sind.

Wer sich über statistische Daten zum Thema Migration informieren will, findet vielseitige Hinweise im Internet:

Statistisches Bundesamt, <http://www.destatis.de>

<http://www.auslaender-statistik.de>

## **Quellen**

– Butterwegge, C. u.a.  
Themen der Rechten – Themen der Mitte. 2002

– Haffner, S.  
Anmerkungen zu Hitler. Fischer Verlag. 1981

– Lenk, K.  
Rechts wo die Mitte ist. Baden. 1994

– Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung (LISUM, ehemals BIL). Sackgasse Rechtsextrem – Argumente gegen rechte Sprüche. Berlin. 1999

– Kleßmann, Ch.

Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955. BZpolB. 1982

– Mickel, W.

Handlexikon zur Politikwissenschaft. BZpolB. 1986

– Tiedemann, M.

60 rechtsradikale Lügen und wie man sie widerlegt. Bertelsmann. 2000

– Naturfreundejugend Deutschlands

Broschüre Auf/Stehen/Bleiben. Köln. 2000